

Iryna Stavčuk

## Klimawandel in der Ukraine

### Positionen zur Reduzierung von Treibhausgasen

Abstract xxx

Die Ukraine hat sich dazu verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen gering zu halten. 1997 ratifizierte das Land die UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel (United Nations Framework Convention on Climate Change, kurz: UNFCCC) und 2004 das Kyoto-Protokoll. Die Ukraine ist als Transformationsland in Annex 1 des Kyoto-Protokolls aufgeführt. Mit der Unterzeichnung des Protokolls verpflichtete sich die Ukraine in der ersten Phase von 2008 bis 2012, nicht mehr Emissionen auszustößen als im Jahr 1990, d. h. unter 921,79 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent, CO<sub>2</sub>-Emissionen, die in Land- und Forstwirtschaft entstehen, nicht eingerechnet.<sup>1</sup>

Bisher kann die Ukraine dieses Ziel problemlos einhalten. Durch den Zusammenbruch und die Umstrukturierung der Wirtschaft in den 1990er Jahren produziert das Land heute weitaus weniger Treibhausgase als noch 1990.<sup>2</sup> Im Jahre 2006 betrug der Schadstoffausstoß in der Ukraine 445,05 Mio. t. CO<sub>2</sub>-Äquivalent, Land- und Forstwirtschaft ausgenommen.<sup>3</sup> Dies sind nur 48 Prozent der Menge von 1990. Seit 1990 ging der Ausstoß von Kohlendioxid um das 2,06-fache zurück. Der Ausstoß von Methan sank um das 2,02-fache, der Ausstoß von Stickoxiden um das 2,35-fache.<sup>4</sup> Offiziellen Schätzungen zufolge kann die Ukraine die Verpflichtung, die sie mit Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls eingegangen ist, für die erste Phase von 2008 bis 2012 einhalten. In dieser Periode wird der Schadstoffausstoß nicht über 55 Prozent des Werts von 1990 hinausgehen.<sup>5</sup>

---

**Iryna Stavčuk** (1981), M.A. Umweltökonomin, Leiterin des Projekts zum Klimawandel des National ecological centre of the Ukraine und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Klimawandel mehrerer ukrainischer Umwelt-Organisationen.

<sup>1</sup> Ministry of Environmental Protection: National inventory for anthropogenic greenhouse gas emissions and absorption by sinks in Ukraine during 1990-2006, Kiev 2008,

<[www.menr.gov.ua](http://www.menr.gov.ua)>. Министерство охраны окружающей среды Украины, Национальный кадастр антропогенных выбросов из источников и абсорбции поглотителями парниковых газов в Украине за 1990-2006 гг., Киев 2008, 299 стр.

<sup>2</sup> Ministry of Environmental Protection: Second National Communication of the Ukraine on Climate Change, Kiev 2006, Interpress Ltd. – it is published book in english

<sup>3</sup> Ministry of Environmental protection. National inventory [Fn. 1].

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Ministry of Environmental Protection of Ukraine, Ukraine's report [Fn. 12], p. 22.

Abb. 1. Treibhausgasemissionen in der Ukraine nach Ausstoßquellen von 1990-2004, in mtCO<sub>2</sub>-e

Quelle: *Second National Communication of Ukraine on Climate Change, Kiev 2006*

Seit 2001 nehmen die Emissionen in der Ukraine zu. Zum Jahr 2002 stieg der Ausstoß um rund ein Prozent an, im Jahr 2006 um 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.<sup>6</sup> Das Wirtschaftswachstum, das im Jahr 2000 noch bei fünf Prozent gelegen hatte, betrug 2007 sieben Prozent.<sup>7</sup> Obwohl der Ausstoß von Treibhausgasen heute niedriger ist als 1990, nimmt die Ukraine auf der Liste der Länder mit dem höchsten Emissionsausstoß einen der ersten 20 Plätze ein.<sup>8</sup> Anders als in der Sowjetunion muss die Ukraine heute bei steigenden Energiepreisen effizient wirtschaften, um im Wettbewerb mit anderen Staaten zu behaupten. Die Ukraine ist allerdings eines der Länder mit dem ineffizientesten Energiekonsum.<sup>9</sup> Der Energieverbrauch pro BIP-Einheit ist mehr als dreimal höher als in Deutschland.<sup>10</sup>

Abb. 2. Treibhausgasemissionen in der Ukraine (ohne land use, land use change und Forstwirtschaft) von 1990 bis 2004 in mt CO<sub>2</sub>-e

Source: *Second National Communication of Ukraine on Climate Change, Kiev, 2006*

Die meisten Emissionen, etwa 70 Prozent, stammen aus dem Energiesektor.<sup>11</sup> Unter dem Eindruck ständiger Konflikte mit Russland über den Import von Erdgas beschloss der ukrainische Präsident im Dezember 2005, die Politik zur Energiesicherheit einer Revision zu unterziehen. Er regte an, die heimischen Energieressourcen stärker zu fördern (vor allem Kohle und Uran) und Energie effizienter zu nutzen, um die Erdgasimporte zu senken. Im Einklang mit dieser Weisung verabschiedete das Kabinett am 15. März 2006 die *Energiestrategie der Ukraine bis zum Jahre 2030*.<sup>12</sup> Sie prognostiziert, wie sich die Wirtschaft langfristig entwickeln und der Verbrauch von Primärenergien sich entsprechend verändern wird.

<sup>6</sup> Berechnungen auf Grundlage von: Ministry of Environmental protection, National inventory [Fn. 1].

<sup>7</sup> Institute for Economic Research and Policy Consulting Kiev: Macroeconomic forecast no.12, 19.12.2007, <[http://www.ier.kiev.ua/English/news\\_eng.cgi](http://www.ier.kiev.ua/English/news_eng.cgi)>.

<sup>8</sup> International Energy Agency (IEA): Key World Energy Statistics 2007. Paris 2007, S. 48-57, <[http://www.iea.org/Textbase/nppdf/free/2007/key\\_stats\\_2007.pdf](http://www.iea.org/Textbase/nppdf/free/2007/key_stats_2007.pdf)>.

<sup>9</sup> United Nations Development Programme Ukraine: Removing barriers to Greenhouse Gas Emissions Mitigation through Energy Efficiency in the District Heating System, Phase 2, no date, <<http://www.undp.org.ua/?page=projects>>.

<sup>10</sup> Berechnungen auf Grundlage von: IEA, Key World Energy Statistics 2007 [Fn. 5], S. 48-57.

<sup>11</sup> Ministry of Environmental Protection, National inventory [Fn. 1].

<sup>12</sup> Decree of the Cabinet of Ministers of Ukraine: Approval of the Energy Strategy of Ukraine by 2030, 15.03. 2006, <<http://zakon1.rada.gov.ua/cgi-bin/laws/main.cgi?page=2&user=1210941652167213>>. – Ministry of Energy: Energy Strategy of the Ukraine until 2030 in english, 2006, <http://mpe.kmu.gov.ua/fuel/control/uk/doccatalog/list?currDir=50505> Кабінет Міністрів України, Розпорядження від 15 березня 2006 р. N 145-р, Про схвалення Енергетичної стратегії України на період до 2030 року.

Da ein Großteil der Treibhausgase im Energiesektor entsteht, liefert die Energiestrategie eine gute Grundlage, um die zukünftigen Emissionen zu berechnen. Die Strategie geht davon aus, dass sich der Gaskonsum in der Ukraine im Jahr 2020 auf 50 bis 60 Milliarden m<sup>3</sup> belaufen, d.h. im Vergleich zu 2005 um 26 bis 32 Prozent zurückgehen wird.<sup>13</sup> Ölproduktion und Ölkonsum (Gaskondensat eingeschlossen) werden voraussichtlich leicht ansteigen, von 25,7 Mio. t. im Jahr 2005 und 29 bis 32 Mio. t. im Jahr 2020.<sup>14</sup>

Ukrainische NGOs kritisierten die Energiestrategie, weil sie den Bau von 20 neuen Atomkraftwerken anstrebt, die Entwicklung erneuerbarer Energien vernachlässigt und kaum Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz vorsieht. 2006 entwickelte eine Gruppe von NGOs und Energieexperten ein alternatives Szenario.<sup>15</sup> Statt auf den Bau neuer Kernanlagen setzt es auf erneuerbare Energien und einen höheren Verbrauch von Kohle und Gas und schlägt konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz vor.

*Abb. 1. Prognose der Treibhausgasemissionen der Ukraine in Prozent der Werte von 1990 nach Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung bis 2030. Quelle: Second National Communication of Ukraine on Climate Change, Kiev, 2006*

*Abb. 2. Prognose der Treibhausgasemissionen der Ukraine gemäß dem Kyoto-Protokoll Annex A nach Sektoren in mt CO<sub>2</sub>-e. Quelle: Second National Communication of Ukraine on Climate Change, Kiev, 2006*

Die Ukraine kann ihren Emissionsausstoß senken und finanziell davon profitieren, dass sie weniger Treibhausgase ausstößt, als sie dürfte, indem sie flexible Mechanismen des Kyoto-Protokolls anwendet. Im Kyoto-Abkommen sind vier flexible Mechanismen verankert: der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung, der Mechanismus der gemeinsamen Umsetzung (Joint Implementation, kurz: JI), der internationale Handel mit Emissionsrechten sowie der Mechanismus der Lastenteilung. Bis 2012 sind für die Ukraine nur die gemeinsame Implementierung und der internationale Handel mit Emissionsrechten relevant. Die gemeinsame Implementierung ermöglicht es entwickelten Ländern, die Emissionen nur unter hohen Kosten senken können, Maßnahmen zur Senkung von Treibhausgasen in Staaten umzusetzen, wo es weniger kostet. Der Mechanismus wurde speziell im Hinblick auf die osteuropäischen Staaten geschaffen, um zur Modernisierung der veralteten Industrie beizutragen. Die Ukraine könnte außerdem vom internationalen

<sup>13</sup> Ministry of Environmental Protection of Ukraine: Ukraine's report on demonstrable progress under the Kyoto Protocol, Kiev 2006, p. 20 – document in English, available at <http://unfccc.int/resource/docs/dpr/ukr1.pdf>

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> All Ukraine environmental organization, the National ecological centre of the Ukraine, Youth environmental NGO "Ecoclub Rivne", Dniprodzerzhinsk environmental NGO "The Voice of Nature", Environmental culture centre "Bahmat" Artemivsk: Concept for Non-nuclear development of the power industry of Ukraine, 2006, English version, available at [http://www.mama-86.org.ua/files/nconcept\\_eng.pdf](http://www.mama-86.org.ua/files/nconcept_eng.pdf).

Handel mit Emissionsrechten profitieren und Ländern, die ihre Reduktionsziele nicht einhalten, Emissionsrechte verkaufen.

Für die Zeit nach 2012 hatte die ukrainische Regierung bis vor wenigen Monaten jedoch noch keine Pläne und sah entsprechend nicht vor, die Schadstoffemissionen zu senken. Sie davon aus, die Emissionen würden sogar im Jahre 2020 noch unterhalb der vom Kyoto-Protokoll festgelegten Grenze liegen, daher brauche sie keine speziellen Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierung rechnet nicht damit, dass die Emissionsziele in der zweiten Phase des Kyoto-Protokolls gesenkt werden.<sup>16</sup>

## Die Regierung zwischen Ignoranz und Unfähigkeit

2005 übertrug das Kabinett dem *Ministerium für Umweltschutz* die Aufgabe, die Umsetzung der UNFCCC und des Kyoto-Protokolls zu koordinieren. Das *Ministerium für Umweltschutz* schuf eine Abteilung mit fünf Mitarbeitern, die sich ausschließlich mit dem Kyoto-Protokoll beschäftigen und für die nationale und internationale Klimapolitik der Ukraine verantwortlich sind. Eine Kommission, die neben den stellvertretenden Ministern aller betroffenen Ministerien auch Vertreter des Nationalen Verteidigungsrates, des Parlaments, der Akademie der Wissenschaften und NGOs umfasst, kontrolliert die Umsetzung der UNFCCC und des Kyoto-Protokolls. Die Kommission tritt alle drei bis sechs Monate zusammen.

Die Minister verabschiedeten 2005 den *Nationalen Plan für die Umsetzung des UNFCCC und des Kyoto-Protokolls*.<sup>17</sup> Er legt lediglich fest, wie die Ukraine die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls anwenden kann, nämlich indem sie die Emissionen pro Wirtschaftssektor beziffert und Verfahren für JI-Projekte verabschiedet. Der Plan enthält keine Regelungen darüber, wie Schritte zur Verringerung der Treibhausgasemissionen ausgearbeitet und umgesetzt werden können.

Da die Ukraine viel Einsparpotential besitzt, sind viele westliche Länder und Unternehmen daran interessiert, den Mechanismus der gemeinsamen Implementierung anzuwenden. 13 solcher Projekte werden bereits in der Ukraine durchgeführt, 80 weitere genehmigte die Regierung bereits. Die Vorhaben bringen der Ukraine rund drei Milliarden US-Dollar an Direktinvestitionen aus dem Ausland ein und führen dazu, dass 23 Mio. t. CO<sub>2</sub>-Äquivalent weniger ausgestoßen werden.

Im Report des Nationalen Verteidigungsrates von Juni 2007 ist allerdings zu lesen, die Ukraine habe es versäumt, das Potential des Mechanismus der gemeinsamen

<sup>16</sup> Aus einer Präsentation der Agentur für Umweltinvestitionen, April – Oktober 2007 in Kiev.

<sup>17</sup> Cabinet of Ministers of Ukraine: Resolution No. 346-p: On confirming the National action plan for implementation of the provisions of Kyoto Protocol to the United Nations Framework Convention on Climate Change, 18. 08. 2005. Кабінет Міністрів України, Розпорядження, план від 18.08.2005 № 346-р, Про затвердження Національного плану заходів з реалізації положень Кіотського Протоколу до Рамкової конвенції Організації Об'єднаних Націй зі зміни клімату, available at <http://zakon1.rada.gov.ua/cgi-bin/laws/main.cgi?find=1&textl=1&user=1211274733667685&text=%EA%B3%EE%F2%F1%FC%EA%EE%E3%EE&x=0&y=0>

Umsetzung auszuschöpfen, da die bürokratischen Verfahren zu kompliziert seien.<sup>18</sup> Die Unternehmen und Beratungsagenturen, welche die Projekte durchführen, bestätigen dies. Es dauere in der Regel 24 Monate, statt wie in anderen Ländern einen Monat, bis die ukrainischen Behörden ein JI-Projekt genehmigten. Die Verfahren zur Prüfung der JI-Anträge müssten dringend überarbeitet und neue Vorschriften erlassen werden, wie etwa Mindestpreise für eine Einheit reduzierter Emissionen. Ein weiterer Vorwurf lautete, die Behörden informierten die Unternehmen und die Öffentlichkeit nicht ausreichend über mögliche Projekte zur gemeinsamen Umsetzung. Allgemein herrsche ein schlechtes Investitionsklima und der Ukraine fehle es an Erfahrung, Umweltprüfungen durchzuführen.<sup>19</sup>

Das Wirtschaftsministerium der Ukraine geht davon aus, dass die Ukraine im Zeitraum von 2008 bis 2012 etwa 2 244 Mio. t. CO<sub>2</sub>-Äquivalent, also 449 Mio. t im Jahr, weniger produziert als es ihr nach dem Kyoto-Protokoll zusteht.<sup>20</sup> Unter Berücksichtigung der obligatorischen Reserve könnte die Ukraine 1 350 Mio. t. CO<sub>2</sub>-Äquivalent, d.h. 279 Mio. t. pro Jahr, verkaufen. Je nach Preis und Bedarf könnte die Ukraine bis 2012 auf diese Weise 0,3 bis 2,8 Milliarden Euro im Jahr einnehmen.<sup>21</sup> Das Wirtschaftsministerium rät in dem Bericht dringend dazu, auch die Menge der Emissionseinheiten, die von 2012 bis 2020 verkauft werden können, zu beziffern.<sup>22</sup> 2007 begann die Ukraine, Regelungen für den internationalen Emissionsrechtehandel auszuarbeiten.

Im April 2007 setzte das Kabinett eine *Nationale Agentur für Umweltinvestitionen* ein und übertrug ihr viele Aufgaben, für die bis dato das Umweltministerium verantwortlich gewesen war. Das Ministerium ist weiterhin für die Umsetzung des Kyoto-Abkommen zuständig. Die Entscheidungskompetenz liegt nun aber bei der Umweltagentur. Umweltorganisationen kritisierten diese Umstrukturierung, da die Kompetenzverteilung zwischen den beiden Institutionen unklar ist und es im Laufe von 2007 bereits zu mehreren Konflikten gekommen war. So hatte das Umweltministerium etwa bestimmte Kommentare von NGOs zur Gesetzgebung akzeptiert, während die Agentur sie zurückwies. Das Kabinett übertrug der *Agentur für Umweltinvestitionen* am 17. April 2008 die Befugnis, auch über internationale Angelegenheiten des Kyoto-Protokolls zu entscheiden.<sup>23</sup>

Es liegen keine Informationen darüber vor, ob die Ukraine bereits Verträge über den Verkauf bestimmter Emissionsrechte abgeschlossen hat. Interesse am Kauf

<sup>18</sup> Rainbow: Briefing paper for the National Defense Council meeting on the state of implementation of UNFCCC in Ukraine, June 2007, Рада Національної Безпеки і Оброни України, Довідка до питання до порядку денного засідання РНБОУ від 15.06.2007: „Про стан та проблеми імплементації Україною Рамкової конвенції організації Об'єднаних Націй про зміну клімату”, available at <http://www.rainbow.gov.ua/news/569.html>  
<<http://www.rainbow.gov.ua/files/2007/0621arb4.pdf>>.

<sup>19</sup> Teilnehmer der Carbon Business Conference in November 2007 in Kiev.

<sup>20</sup> Rainbow, Briefing paper [Fn. 21], p. 6.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Abgeleitet aus: Rainbow: Briefing paper [Fn. 21], p. 6.

<sup>23</sup> Cabinet of Ministers of the Ukraine: Decree no. 392 On implementation of UNFCCC and Kyoto Protocol, 17. 04.2008. Кабінет Міністрів України; Постанова від 17.04.2008 № 392, Про забезпечення виконання міжнародних зобов'язань України за Рамковою конвенцією ООН про зміну клімату та Кіотським протоколом до неї.

ukrainischer Emissionsquoten besteht vor allem in Japan, Spanien, Italien, Österreich und Finnland.<sup>24</sup> Sie erklärten aber, sie würden sich nur auf einen Handel mit der Ukraine einlassen, wenn das Land einen Plan für Umweltinvestitionen entwickle und sicherstelle, dass der Erlös aus dem Verkauf der Emissionsrechte ausschließlich für die Reduktion von Treibhausgasen verwendet würde.<sup>25</sup> Bisher hat die Ukraine noch keinen solchen Plan vorgestellt und auch die nötigen Gesetze nicht verabschiedet. Sie versucht, aus den flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls den größten Gewinn zu schlagen, ohne Verantwortung für den Klimawandel zu übernehmen.

Auf einem bilateralen Treffen mit Vertretern der Europäischen Union (EU) zum Klimawandel im November 2007 präsentierte die ukrainische Regierung erstmals ihre Position für die Zeit nach 2012. Sie geht davon aus, dass die Reduktionsziele für das Jahr 2020 auf 20 bis 30 Prozent der Emissionen von 1990 festgesetzt werden. Dies kündigte die Regierung auch auf der jährlich stattfindenden Konferenz der Parteien des UNFCCC in Bali im Dezember 2007 an. Offiziellen Schätzungen zufolge werden die Emissionen der Ukraine selbst bei starkem Wirtschaftswachstum nicht über 70 Prozent des Werts von 1990 steigen (siehe Abb. 3). Schreibt die Regierung daher 70 bis 80 Prozent der Emissionen von 1990 als Höchstwert für die Zeit bis 2020 fest, muss sie sich nicht darum kümmern, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern. Faktisch steigt der Schadstoffausstoß gemessen am Niveau von 2005 bis 2020 um 55 bis 77 Prozent. Bis Februar 2007 sollten alle Staaten, die in Annex 1 des Kyoto-Protokolls verzeichnet sind, beim Sekretariat des UNFCCC eine Analyse über Möglichkeiten zur Senkung des Schadstoffausstoßes einreichen. Die Ukraine hatte eine solche Untersuchung selbst im Mai 2008 noch nicht abgegeben.

2006 erarbeiteten ukrainische NGOs ein Positionspapier, in dem sie verschiedene Reduktionsziele für die Zeit nach 2012 vorschlugen.<sup>26</sup> Da es keine Analyse über das tatsächliche Einsparpotential von Schadstoffen nach Sektoren gibt, forderten die NGOs, die Reduktionsziele an das Wirtschaftswachstum anzupassen, d.h. bis zum Jahre 2020 45 Prozent weniger Emissionen zu produzieren als 1990. Dazu müsste die Ukraine sparsamer mit Energie umgehen, Emissionen mit Hilfe von flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls verringern. Laut der Beratungsagentur *Point Carbon* könnten im Zeitraum 2008 bis 2012 technisch 135 Mio. t. CO<sub>2</sub>-Äquivalent durch Joint Implementation-Projekte eingespart werden.<sup>27</sup> Die Regierung erklärte

<sup>24</sup> Japan und Finnland nahmen an einem Arbeitstreffen zum internationalen Handel mit Emissionsrechten teil, den die Weltbank im April 2007 in Kiew organisiert hatte. Italien unterstützte im Jahr 2007 die Analyse des Potenzials von Forstwirtschaft im Rahmen der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls. Spanien wird die Entwicklung eines umweltfreundlichen Investitionsprogramms 2008 bis 2009 finanzieren.

<sup>25</sup> Weltbank: Ukraine. Options for designing a Green Investment Scheme under the Kyoto-Protocoll, November 2006, <<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/UKRAINEINUKRAINIAN-EXTN/0,,contentMDK:21287333~pagePK:141137~piPK:141127~theSitePK:455681,00.html>>.

<sup>26</sup> *Arbeitsgruppe Klimawandel*: Open letter to the government of Ukraine on the international climate change policy, Oktober 2006, <<http://climategroup.org.ua/?p=40>>. [Відкритий лист до Уряду України з Позицією України на міжнародних переговорах зі зміни клімату](#)

<sup>27</sup> TÜV Süd: GI approval get off ground, 11.08.2006, <[http://www.netinform.net/KE/Aktuelles\\_Detail.aspx?ID=1098](http://www.netinform.net/KE/Aktuelles_Detail.aspx?ID=1098)>.

diese Vorschläge für unrealistisch und nahm keine weitere Notiz davon.<sup>28</sup> Im November 2007 gingen die NGOs weiter und forderten, bis 2020 55 Prozent weniger Treibhausgase auszustoßen als 1990. Dazu müssten die Emissionen auf dem Wert von 2005 eingefroren werden. Mit dieser drastischen Forderung erhofften die NGOs mehr Druck auf die Regierung ausüben zu können.

Im Bericht über Fortschritte bei der Senkung des Treibhausgasausstoßes, den das *Ministerium für Umweltschutz* 2007 an das UNFCCC schickte, heißt es: „Da die Regierung vorhersagt, dass die Emissionen 2012 das Niveau von 1990 nicht überschreiten werden, braucht die Ukraine keine speziellen Maßnahmen zu ergreifen, um ihren Verpflichtungen im Kyoto-Abkommen nachzukommen.“<sup>29</sup> So macht das Ministerium auch keine Anstalten, das Thema Klimawandel auch in anderen Politikfeldern auf die Agenda zu setzen. Im *Konzept für die Entwicklung des Verkehrssektors bis 2020* etwa wurde die Notwendigkeit, Treibhausgase zu reduzieren, nicht einmal erwähnt.<sup>30</sup> In der *Energiestrategie bis 2030* werden die Ziele des Kyoto-Protokolls in der Einleitung erwähnt, Maßnahmen zur Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen finden sich in dem Dokument jedoch nicht.<sup>31</sup>

Ein Grund dafür, dass die ukrainische Regierung keine ernsthaften Schritte zur Verringerung von Emissionen unternimmt, ist, dass sie schlichtweg zu wenig über das Thema weiß und nicht die Kapazität hat, einen Aktionsplan zu entwickeln und umzusetzen. Viele Politiker sind mit den Möglichkeiten, Emissionen zu senken, nicht vertraut und meinen, dies sei nicht mit dem allseits angestrebten Wirtschaftswachstum zu vereinen. Sogar das *Ministerium für Umweltschutz*, das sich in der Materie auskennen sollte, argumentiert, bei größerer wirtschaftliche Aktivität seien hohe Emissionen nicht zu vermeiden und müssten in Kauf genommen werden.

Es ist unwahrscheinlich, dass die Regierung die Emissionsziele für die Zeit nach 2012 senkt. In Gesprächen mit den Mitgliedern der ukrainischen Delegation bei Konferenzen des UNFCCC in den letzten zwei Jahren, wie zum Beispiel in Bali 2007, wurde den Umweltaktivisten deutlich, dass es fast allen Vertretern der Ukraine nur darum ging, die Interessen des Landes zu wahren. Entsprechend versuchten sie, Entscheidungen zu verhindern, welche die Ukraine dazu verpflichten würden, Geld für den Klimaschutz auszugeben. Die ukrainische Delegation setzt sich dafür ein, die Reduktionsziele nicht weiter zu senken, sondern die Möglichkeiten für JI-Projekte und den internationalen Emissionsrechtehandel auszubauen. Als ukrainische NGOs versuchten, die Delegation davon zu überzeugen, sich in den internationalen Verhandlungen für eine Senkung von Treibhausgasen einzusetzen, bekamen sie zu hören, sie handelten „gegen die Ukraine“.

---

<sup>28</sup> Regierungsvertreter auf einer Podiumsdiskussion auf dem UN-Gipfel zum Klimawandel im November 2006 in Nairobi, Diskussionsleitung: Iryna Stavčuk.

<sup>29</sup> Ministry of Environmental Protection, Ukraine's report [Fn. 12], p. 4.

<sup>30</sup> Ministry of Transport and Communications: *Concept for transport sector development by 2020*. Kiew 2006, <[http://www.mintrans.gov.ua/mintrans/control/uk/publish/article?art\\_id=47878&cat\\_id=45475](http://www.mintrans.gov.ua/mintrans/control/uk/publish/article?art_id=47878&cat_id=45475)>. Концепція розвитку транспортно-дорожнього комплексу України на середньостроковий період та до 2020 року

<sup>31</sup> Ministry of Energy, *Energy strategy* [Fn. 11].

## Mangel an wissenschaftlicher Expertise

Wissenslücken bei Politikern und der wenig verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen sind auch darauf zurückzuführen, dass es kaum wissenschaftliche Expertise zum Klimawandel in der Ukraine gibt. Nur wenige Wissenschaftler verfolgen aktuelle Debatten, nehmen Forschungsergebnisse aus anderen Ländern zur Kenntnis und stimmen mit den Grundideen des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (kurz: IPCC) überein. Die meisten Wissenschaftler glauben nicht an den Zusammenhang zwischen menschlichem Handeln und Klimawandel und sind sich der Gefahr für die Ukraine und den gesamten Planeten nicht bewusst.

Eine Analyse von wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Klimawandel in den letzten sechs Jahren, die das führende Klimaforschungsinstitut in der Ukraine, das Ukrainski gidrometeorologičnij Centr, kurz: UHMC durchgeführt hatte, zeigte, dass sich die Artikel über Klimawandel in den letzten 40 Jahren an einer Hand abzählen lassen.<sup>32</sup> Ein Beitrag untersucht die Beschleunigung des Klimawandels gegen Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts.<sup>33</sup> Ein zweiter widmet sich dem Verlauf von Zyklonen, die den Klimawandel in der Ukraine gefährlich beschleunigen, was besonders in der warmen Jahreszeit zu beobachten ist.<sup>34</sup> Ein weiterer Artikel analysiert die CO<sub>2</sub>-Konzentration über einen Zeitraum von 570 Mio. Jahren und kommt zu dem Schluss, dass es keine direkte Korrelation zwischen der CO<sub>2</sub>-Konzentration und der Erwärmung der Erdoberfläche gibt.<sup>35</sup> An anderer Stelle heißt es, die Modelle, die bisher zur Berechnung des Klimawandels verwendet wurden, seien fehlerhaft. Je wärmer die Erde würde, desto mehr Wärme würde sie abstrahlen und die Temperatur

<sup>32</sup> Margarita Barabash et al.: Investigation of the changes of precipitation patterns in the end of XX and beginning of XXI in conditions of global climate change, in: Research Papers of the Ukrainian Hydro-Meteorological Institute, 253/2004, p. 92-101.

М.Б. Барабаш, Т.В. Корж, О.Г. Татарчук, Дослідження змін та коливань опадів на рубежі XX і XXI сторіччя в умовах потепління глобального клімату, Наукові праці Українського науково дослідного гідрометеорологічного інституту № 253/2004, стор. 92-101.

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> V. Balabuh: Trajectories of cyclones, which cause dangerous amount of precipitation in Ukraine in warm period of year, 2004; Kiev, Research papers of the Ukrainian Hydro-Meteorological Institute, issue 253, p. 103-119

В.О. Балабух, Траєкторії циклонів, що зумовлюють небезпечну кількість опадів в Україні у теплий період року, Наукові праці Українського науково дослідного гідрометеорологічного інституту № 253/2004, стор. 103-119.

<sup>35</sup> Svetlana Boychenko, Volodymyr Voloshchuk: Secular dynamics of CO<sub>2</sub> concentration in Earth atmosphere, 2004; Research Papers of the Ukrainian Hydro-Meteorological Institute, issue 253, p. 72-91,

С.Г. Бойченко, В.М. Волощук, Особливості вікової динаміки вмісту вуглекислого газу в земній атмосфері Наукові праці Українського науково дослідного гідрометеорологічного інституту № 253/2004, стор. 72-91



so ausbalancieren.<sup>36</sup> Auf wissenschaftlichen Konferenzen herrscht keine Einigkeit darüber, ob der Klimawandel von Menschenhand verursacht wird.<sup>37</sup>

Laut der zweiten Mitteilung zum Klimawandel, welche die Ukraine an das Sekretariat der UNFCCC schickte, verändern sich die atmosphärischen Niederschläge in Folge der globalen Erwärmung.<sup>38</sup> Ein Temperaturanstieg um ein bis zwei Grad °C sei allerdings positiv für die ukrainische Wirtschaft, da er dafür Sorge, dass sich die Niederschläge gleichmäßiger über das Land verteilen. Stiegen die Temperaturen im Durchschnitt aber um 2,5 bis fünf Grad °C, könnte das katastrophale Folgen für die Ukraine haben, weil südliche Teile des Landes verwüsten würden. So hoch stiegen die Temperaturen jedoch erst in 500 Jahren.

2007 präsentierte der nationale Sicherheitsrat ein Papier über den Stand der Umsetzung des Kyoto-Protokolls, worin er unter anderem feststellte, dass die Zahl der Naturkatastrophen in der Ukraine zugenommen habe.<sup>39</sup> Den Angaben zufolge wurde das Land von 1986 bis 1990 von 443 Naturkatastrophen heimgesucht, in der Zeit 2001 bis 2005 waren es schon 716. Experten berichteten, der Schaden, den Naturkatastrophen zwischen 1997 und 2005 angerichtet haben, belaufe sich auf fünf Milliarden UAH (etwa eine Milliarde US-Dollar).<sup>40</sup>

Bisher gibt es noch keine Prognosen über die Auswirkungen des Klimawandels auf die ukrainische Wirtschaft, Gesellschaft und die Umwelt. Einige Aspekte werden in den Berichten des IPCC erwähnt, allerdings enthalten sie keine Daten speziell zur Ukraine, sondern decken gesamt Mittel- und Osteuropa ab. Erst 2007 beauftragte die Regierung die Akademie der Wissenschaften damit, eine Studie über die langfristigen Auswirkungen des Klimawandels auf Wirtschaft und Gesellschaft durchzuführen. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Die Forschung im Bereich Umweltökonomie und Umweltpolitik zur globalen Erwärmung sind ebenfalls unterentwickelt. Die meisten Wissenschaftler in der Ukraine studierten in der Sowjetunion. In der Planwirtschaft bestand kein Bedarf, Instrumente zu entwickeln, um Unternehmen dazu zu bringen, Energie effizienter zu nutzen oder die Umweltverschmutzung zu reduzieren. Umweltsteuern bedeuteten für die Führung der Sowjetunion keine umweltpolitische Maßnahme, sondern eine Einnahmequelle des Staatshaushalts. Obwohl die Ukraine schon 1991 ihre

<sup>36</sup> G. Kruchenitskij, I. Galkina, A. Belyavskij, T. Skorobogatij, *On the principal limitations of the modeling of the processes in the atmosphere*, 2002; Research Papers of the Ukrainian Hydro-Meteorological Institute, issue 250;

Г.М.Крученицкий, И.Л.Галкина, А.В.Белявский, Т.В.Скоробогатый, *О принципиальных ограничениях в моделировании атмосферных процессов*.

<sup>37</sup> Round table "Global climate change and Ukraine: science, policy and economics" during the science festival, organized by British council in Ukraine together with Institute of economics and projections of the National Academy of sciences in Ukraine on 19<sup>th</sup> May 2007

Круглий стіл «Глобальні зміни клімату і Україна:

наука, політика, економіка» в рамках фестивалю науки, організатори Британська Рада та Інститут економіки і прогнозування НАН України, 19 травня 2007

<sup>38</sup> Ministry of Environmental Protection, Second National Communication [Fn. 2], p. 62-65.

<sup>39</sup> Rainbow: Briefing paper [Fn. 21].

<sup>40</sup> Ebd.

Unabhängigkeit erlangte, beschäftigen sich die ukrainischen Wissenschaftler bis heute aber kaum mit umweltpolitischen Konzepten und ihrer Umsetzung.

Der Versuch verschiedener Umwelt-NGOs, einen Wissenschaftler zu finden, mit dem sie beim Thema Klimawandel zusammenarbeiten könnten, schlug fehl. Anerkannte Wissenschaftler wollten lieber ausschließlich Forschung betreiben, als sich durch kritische Äußerungen in die Politik einzumischen. Daher gibt es im gesamten NGO-Spektrum keinen einzigen Wissenschaftler mit Dokortitel, der sich mit Klimawandel beschäftigt und die ukrainische Gesellschaft und Regierung zum Handeln aufrütteln könnte.

## Informationspolitik und Medienberichte

Das Thema Klimawandel wird in der ukrainischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. In einer Studie des Kiewer Internationalen Institut für Soziologie über die öffentliche Meinung zur globalen Erwärmung von 2006 gaben immerhin 30 Prozent der Befragten an, sie nähmen die globale Erwärmung ernst und würden es begrüßen, wenn die Regierung große Geldsummen für die Lösung des Problems ausgeben würde.<sup>41</sup> 36 Prozent meinten, es müsse etwas unternommen werden, um die Folgen der globalen Erwärmung auszugleichen. Da die Auswirkungen sich erst allmählich zeigten, sollten aber keine großen Summen dafür ausgegeben werden.<sup>42</sup> 14 Prozent waren der Ansicht, solange nicht bewiesen sei, ob der Klimawandel eine Bedrohung darstelle, sollten keine Schritte unternommen werden.<sup>43</sup> 20 Prozent gaben an, sie wüssten nicht genug über den Klimawandel.<sup>44</sup> Die gleiche Umfrage wurde in 16 weiteren Ländern durchgeführt: China, Indien, den USA, Indonesien, Russland, Thailand, Polen, im Iran, in Mexiko, Südkorea, auf den Philippinen, in Australien, Argentinien, Peru, Armenien, Israel und Palästina. Nur auf den Philippinen, in Indien und Thailand meinten weniger Befragte als in der Ukraine, dass Klimawandel ein ernsthaftes Problem sei und dringend gelöst werden müsse. Einen größeren Anteil von Menschen, die daran zweifelten, dass der Klimawandel eine Bedrohung darstellt, gab es in den USA (17 Prozent), in Armenien (19 Prozent, Russland (22 Prozent), auf den Philippinen (18 Prozent) und in Indien (24 Prozent).<sup>45</sup>

Im Mai 2006 interviewte eine Forschergruppe der Nachrichtenagentur UNIAN 1 510 Personen in Kiew zur globalen Erwärmung. Rund 62 Prozent sagten, sie glaubten, dass die Erde sich Stück für Stück erwärme. Rund acht Prozent gaben an, es sei wissenschaftlich nicht bewiesen, dass globale Erwärmung stattfindet. Fast 20 Prozent sagten, sie glaubten nicht an globale Erwärmung. Auf die Frage, „Haben Sie Angst, dass globale Erwärmung negative Auswirkungen auf Ihr Leben haben könnte?“

<sup>41</sup> Kiev International Institute for Sociology (KIIS): [General public opinion to global warming in Ukraine 2006, Kiev 2006](http://www.kiis.com.ua), p. 2, <<http://www.kiis.com.ua>>. Die Umfrage war Teil einer Studie des Chicago Council on Global Affairs, *World Public Opinion: Poll Finds Worldwide Agreement that Climate Change is a Threat*, März 2007, <[www.worldpublicopinion.org](http://www.worldpublicopinion.org)>. Погляди населення України та світу на проблему глобального потепління

<sup>42</sup> KIIS: *General public opinion* [Fn. 42], p. 3.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> KIIS: *General public opinion* [Fn. 42], p. 1-10.

antworteten 26 Prozent mit „Ja“, 65 Prozent mit „Nein“, 6 Prozent waren ein wenig besorgt und 3 Prozent konnten die Frage nicht beantworten.<sup>46</sup>

Der überaus warme Winters 2006/2007, ungewöhnliche Wettererscheinungen und die Präsenz des Themas Klimawandel in internationalen Medien, machten die Öffentlichkeit in der Ukraine empfänglicher für das Problem. Im größten Internetportal *www.korrespondent.net*, das jeden Monat 974 000 Menschen besuchen, nahm die Anzahl der Artikel über die globale Erwärmung seit 2001 stetig zu: 2001 waren zwölf Artikel zum Thema erschienen. 2004 erhöhte sich die Zahl auf 17 Beiträge, 2005 auf 29, 2006 auf 56 und 2007 auf 82 Artikel. Der Fokus der Beiträge ist jedoch eingeschränkt. Es geht zum einen um die Gründe, Auswirkungen und Messweisen des Klimawandels in der Ukraine, zum anderen um Gewinnmöglichkeiten, die sich aus flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls ergeben. Kaum ein Beitrag stellte bisher die Frage, wie es nach der ersten Phase von Kyoto weitergehen solle, welche Reduktionsziele die Ukraine sich setzen solle und welche Maßnahmen von den staatlichen und regionalen Behörden ergriffen werden müssten.

Medien berichten, der Klimawandel könne ebenso von der Erddrehung, der Sonneneinstrahlung und allen möglichen weiteren natürlichen Ursachen abhängen. Manche Artikel erzählen der Öffentlichkeit sogar, anstatt einer globalen Erwärmung stehe eine Eiszeit voraus.<sup>47</sup> Eine Analyse der Artikel auf *www.korrespondent.net* ergab, dass 16 von 253 Beiträgen zum Klimawandel sich mit dieser These von der Abkühlung des Planeten beschäftigten.<sup>48</sup> Fast alle diese 16 Artikel berufen sich auf den Leiter der astronomischen Beobachtungsstation der Akademie der Wissenschaften, Habibullo Abdusamatov. Da es in der Debatte vor allem um die Gründe für den Klimawandel geht, tut kaum ein Journalist den nächsten Schritt und fragt, was getan werden müsste, um den Klimawandel zu bekämpfen. In dem bereits erwähnten Artikel aus Ukraina Moloda schreibt Professor Sergij Chrnij, Klimawandel werde vor allem durch das Umpflügen (ploughing up) von Feldern ausgelöst. Er schlägt verschiedene Lösungen vor, die in den Sektoren Land- und Forstwirtschaft umgesetzt werden sollten.<sup>49</sup> In einem Beitrag des Magazins Korrespondent mit einer Auflage von 50 000 wird vorgeschlagen zur Senkung der globalen Erwärmung einen riesigen Spiegel zwischen Erde und Sonne zu installieren, die Ozeane mit Eisen versetzen um die Karbon des Plankton zu erhöhen oder Sulphur in die Erdatmosphäre zu spritzen.<sup>50</sup>

<sup>46</sup> Beach season in winter, in: Ukraine and the World, 25.12.2006 <http://www.uwtoday.com.ua/search.asp?Lid=1&T1=%E7%E8%EC%EE%E2%E8%E9%20%EF%EB%FF%E6%ED%E8%E9%20%F1%E5%E7%EE%ED>, Зимовий пляжний сезон, у: Україна та світ, № 50 (400) 25.12.2006

<sup>47</sup> By 2020 there can be global cooling, in: Narodnij Oglyadach 03.04.2008, <<http://www.observer.org.ua/news.php?id=14038>>.

До 2020 року може настати глобальне похолодання, у: Народний оглядач

<sup>48</sup> In 2055-2060 there will be another ice age on the Earth, in: korrespondent.net, 22. Januar 2008, <<http://korrespondent.net/tech/science/352722>>. В 2055-2060 годах планету ждет ледниковый период, в: Корреспондент

<sup>49</sup> Warming without the answer [Fn. 48].

<sup>50</sup> Going underworld, in: Korrespondent, 28.10. 2008. Едем под воду, в: Корреспондент

Die ukrainische Regierung informiert die Öffentlichkeit so gut wie gar nicht über den Klimawandel. Auf der Internetseite des *Ministeriums für Umweltschutz* sind außer den Mitteilungen an das Sekretariat des UNFCCC nicht einmal allgemeine Daten zum Klimawandel und seinen Auswirkungen auf die Ukraine zu finden. Wie die Journalistin Olga Babčuk vom *Zweiten Staatlichen Radiosender PROMIN* berichtet, gibt es auch in staatseigenen Betrieben keine Angebote zur Weiterbildung im Umweltschutz.<sup>51</sup>

Das Kyoto-Protokoll ist in der Öffentlichkeit vor allem in Verbindung mit Emissionshandel bekannt. Viele Menschen wissen, dass die Ukraine weniger Treibhausgase ausstößt, als sie dürfte und daher Emissionsrechte an andere Staaten verkaufen kann. Das Protokoll wird nicht als globaler Lösungsansatz des Klimaproblems begriffen, sondern als Dokument, das es den reichen Industrieländern erlaubt, die Erde noch mehr zu verschmutzen. Die Bevölkerung schenkt der Regierung wenig Vertrauen, und glaubt nicht, dass sie die Gewinne aus dem Emissionshandel zum Wohle der Bürger einsetzt. Daher stehen die meisten Menschen dem Emissionshandel skeptisch gegenüber.

Die Erfahrung von zehn NGOs, die im Herbst 2007 die landesweite Kampagne "Das Klima verändert sich. Zeit zu handeln!" durchführten zeigt, wie sich die Meinung der Menschen ändert, sobald sie Informationen erhalten. Ziel der Kampagne war es zunächst, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf den Klimawandel zu lenken und Maßnahmen vorzustellen, mit denen Politik und Gesellschaft ihn verhindern könnten. Die Aktivisten bauten in jeder Stadt auf einem zentralen Platz eine Ausstellung zum Klimawandel auf. Sie zeigte die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf der Welt und speziell in der Ukraine, die wichtigsten Verschmutzungsquellen und Lösungsansätze für verschiedene wirtschaftliche Sektoren. Dabei sammelten die freiwillige Helfer Unterschriften auf Postkarten mit Forderungen an die örtlichen Behörden, die lokalen Probleme des Klimawandels zu lösen, d.h. den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken, die kommunalen Wasser- und Stromleitungen besser auszubauen, so dass nicht mehr so viele Ressourcen beim Zustellen verloren gehen, in den öffentlichen Nahverkehr zu investieren, Fahrradwege zu bauen, die Mülltrennung in Haushalten einzuführen und mehr Parks in den Städten einzurichten. Viele Menschen waren sofort bereit, die Petition zu unterzeichnen, so dass die Aktivisten innerhalb von sechs Stunden bis zu 700 Unterschriften sammelten. Einige Passanten hatten Angst, die Postkarten zu unterschreiben, andere waren der Ansicht, die Aktion führe zu nichts, da die Kommunalregierung ohnehin nichts an der Situation ändern würde. Die NGOs meinen, dass das Sammeln von Unterschriften positive Auswirkungen hat. Vielen Menschen würde dadurch die Verbindung zwischen globalen und lokalen Problemen bewusst. Sie würden kritischer gegenüber ihren Behörden. Nicht zuletzt hole die Unterschrift die Menschen aus ihrer beobachtenden Position heraus und mache sie zu einem Teilnehmer. Die Reaktion auf die Aktion war positiv und viele Menschen zeigten sich interessiert an der Ausstellung. Im Westen der Ukraine war das Interesse an der Ausstellung und der Umwelt allgemein

---

<sup>51</sup> Olga Babčuk, Journalistin beim Zweiten Staatlichen Radiosende PROMIN in einer Podiumsdiskussion am 4. April 2008 in Kiew.

viel größer als in den stärker industrialisierten und verschmutzten Gebieten im Osten, wo die Skepsis gegenüber den Behörden vorherrschte.

## Interaktion zwischen Regierung und NGOs

NGOs sind die einzigen Akteure, welche die Regierung darüber informieren, dass der Ausstoß von Emissionen nicht vom Wirtschaftswachstum eines Landes abhängig ist, sondern von der Art und Weise wie Energie verwendet wird. Der Energiesektor könnte enorm von einem effizienteren Energieverbrauch und der Erschließung erneuerbarer Energien profitieren. Im Verkehrssektor sollte zum Gebrauch von Biokraftstoffen angeregt und das öffentliche Transportwesen ausgebaut werden. Industrie und Landwirtschaft sollten über Möglichkeiten zur Verringerung von Emissionen informiert werden. Dies erfordert politischen Willen und effiziente Verfahren.

Verglichen mit westlichen Ländern, haben NGOs in der Ukraine eine schwache Position. Weder *Greenpeace* noch der WWF (World Wildlife Fund) unterhalten eine Vertretung in der Ukraine. Der Lebensstandard in der Ukraine ist niedrig, und es gibt keine Tradition, Organisationen oder politischen Parteien durch Spenden zu unterstützen. Die meisten regierungskritischen NGOs finanzieren sich komplett durch externe Geber wie internationale NGOs oder ausländische Regierungen. Von besonderer Bedeutung sind hier das *Swedish NGO Secretariat on Acid Rain* (*acidrain.org*), das *British Council* in der Ukraine, die *Heinrich-Böll-Stiftung*, die niederländische Regierung, die *Renaissance-Stiftung*. In der Regel erhalten die NGOs Gelder für bestimmte Projekte, die sie dann jedoch unabhängig vom Geldgeber durchführen können, während NGOs, die von der ukrainischen Regierung bezahlt werden, keine kritischen Töne anschlagen dürfen. Die projektbezogene Förderung durch internationale Geber schließt jedoch fast aus, dass langfristig an bestimmten Themen gearbeitet werden kann.

Im Jahre 2000 gründete sich die *NGO-Arbeitsgruppe Klimawandel*. Es wurde im Jahre 2000 mit Hilfe der (Northwest?) *Alliance on Energy Efficiency* gegründet. Es ist Mitglied im *Climate Action Network Central and Eastern Europe* und arbeitet mit dem *Climate Action Network Europe* zusammen. Von den 16 Organisationen der *Arbeitsgruppe Klimawandel* hat nur eine einzige, nämlich das *Nationale Ökologische Zentrum der Ukraine* (*Національний екологічний центр України*, kurz: *NECU*), einen Mitarbeiter, der sich ausschließlich mit Klimawandel beschäftigt. Bisher wurden die Projekte des Netzwerks vor allem vom *Swedish Secretariat on Acid Rain* und vom *British Council* in der Ukraine finanziert.

Die *NGO-Arbeitsgruppe Klimawandel* arbeitet auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Die internationale Arbeit konzentriert sich auf die Zeit nach 2012 und besteht darin, auf eine konstruktive Mitarbeit der Ukraine bei den Verhandlungen des UNFCCC hinzuwirken. Im vierten Bericht des IPCC heißt es, um den gefährlichen Klimawandel zu verhindern, müssten alle Länder, die im Annex 1 verzeichnet sind, zusammengenommen ihre Emissionen bis zum Jahre 2020 um 25

bis 40 Prozent senken, was eine große politische Herausforderung für sie ist.<sup>52</sup> Ohne öffentlichen Druck ist es unwahrscheinlich, dass die Ukraine diesem Ziel zustimmt.

Die *Arbeitsgruppe Klimawandel* erstellt Informationsmaterial für die ukrainische Regierung, initiiert Treffen von Regierungsmitgliedern und Umweltorganisationen, organisiert Protest- und Informationsveranstaltungen wie den Globalen Klima-Aktionstag, schreibt Pressemitteilungen und arbeitet mit der ukrainischen Delegation auf den UNFCCC-Konferenzen zusammen. Die NGOs haben bereits erreicht, dass die Ukraine 2007 das Ziel von 2006, ihre Emissionen bis 2020 gar nicht zu senken, aufgegeben hat und nun für 20 bis 30 Prozent Verringerung im Vergleich zu 1990 stimmen wird.

Auf der nationalen Ebene erarbeiten die NGOs Kommentare zur Gesetzgebung, analysieren die Umsetzung des UNFCCC und des Kyoto-Protokolls und informieren die Medien, das Parlament, das Kabinett und den Nationalen Verteidigungsrat. Seit Unterzeichnung der Aarhus-Konvention 1998 ist die ukrainische Regierung dazu verpflichtet, Gesetzesentwürfe, die die Umwelt betreffen, öffentlich zugänglich zu machen.

Die Regierung nahm einige Vorschläge der NGOs in den Plan zur Umsetzung des UNFCCC und des Kyoto-Protokolls auf. So legte sie in dem Dokument etwa fest, zu prüfen, wie sie den Schadstoffausstoß bis 2020 verringern könnte und auf dieser Basis Empfehlungen für die kommunalen Behörden zu formulieren.<sup>53</sup> Außerdem steht in dem Plan, die Regierung wolle Kommunen und Unternehmen besser über Möglichkeiten für JI informieren und die Vergabe von Geldern aus dem Umweltschutzfonds besser kontrollieren.

In den letzten zwei Jahren stellten NGOs wiederholt die Forderung an das Ministerium für Umweltschutz, ihnen Zugang zu den JI-Anträgen zu gewähren. Die Akten enthalten Informationen über die Auswirkungen dieser Projekte auf die Umwelt, geben Aufschluss darüber, ob sie den international festgelegten Kriterien entsprechen und dokumentieren, was die Konsultationen mit der Öffentlichkeit ergaben. Nach UNFCCC-Regelung müssten alle diese Informationen der Öffentlichkeit zugänglich sein, doch das Ministerium weigert sich, sie herauszugeben. Zwar stellt das Sekretariat des UNFCCC alle Projekte auf seine Internetseite, doch nicht alle Mitarbeiter ukrainischer NGOs beherrschen die englische Sprache so gut, dass sie diese lesen und ihre Kommentare auf Englisch einreichen können. Erst im März 2007 gab das Ministerium dem Druck der NGOs nach und begann die Dokumente freizugeben.

NGOs informieren außerdem einzelne Politiker über den Klimawandel. Im Jahre 2006 erstellten sie eine Broschüre über globale Erwärmung und verteilten sie an alle Abgeordneten. Darin geht es um die Auswirkungen des Klimawandels auf die

---

<sup>52</sup> IPCC: Summary for Policymakers, Contribution of Working Group III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, New York 2007, <<http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg3/ar4-wg3-spm.pdf>>.

<sup>53</sup> NGO Arbeitsgruppe Klimawandel: Comments to the Review of the National Plan on implementation of Kyoto Protocol to UNFCCC in Ukraine. Kiev, September 2007, p. 1-3 <[http://climategroup.org.ua/upl/NGO\\_reply\\_sep\\_2007.doc](http://climategroup.org.ua/upl/NGO_reply_sep_2007.doc)>. Коментарі до проекту постанови Про внесення змін до Національного плану заходів з реалізації положень Кіотського протоколу до РКЗК ООН, вересень 2007 року.

Ukraine, die JIs und um die Frage, wie Parlamentarier sich gegen den Klimawandel einsetzen können. Das Resultat der Aktion fiel allerdings bescheiden aus: nur sieben Abgeordnete nahmen Kontakt mit den NGOs auf, aber keiner erklärte sich zu einem Treffen bereit, um nächste Schritte zu besprechen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Für viele Politiker stellt der Klimawandel kein ernsthaftes Problem dar. Möglicherweise trug auch die Instabilität in den Jahren 2006 und 2007 mit den Wahlen im September dazu bei, dass das Echo so gering war. Ende 2006 forderten immerhin zwei Parlamentarier Mitgliedschaft in der Kommission für die Umsetzung des UNFCCC, wie es die NGOs in der Broschüre vorgeschlagen hatten. Für 2008 ist eine Anhörung zum Klimawandel, zum Kyoto-Protokoll und die Verhandlungen für die Zeit nach 2012 im Parlament geplant.

Verglichen mit der Lobby-Arbeit der NGOs gegen Atomkraft, versprechen die Kampagnen gegen den Klimawandel mehr Erfolg. Interessanterweise stellt die Tatsache, dass sich die ukrainischen Politiker in der Materie so wenig auskennen, auch eine Chance dar. Da nur wenige Mitglieder der Regierung klare Vorstellungen davon haben, wie sie sich zur globalen Erwärmung positionieren sollen, sind sie den Informationen von NGOs gegenüber aufgeschlossener. Während die NGOs beim Thema Kernkraft gegen fest gefügte Konzepte ankämpfen müssen, reicht es beim Klimawandel aus, Entscheidungen und Programme zu kommentieren, um die Politik zu beeinflussen.

Seit der orangefarbenen Revolution schränkt die Regierung Umwelt-NGOs nicht mehr ein. Sie dürfen ihre Meinung frei äußern, Pressemitteilungen schreiben und Forderungen an die Regierung richten, ohne mit negativen Konsequenzen für sich oder ihre Organisation rechnen zu müssen. Nach mehreren Anfragen erklärte sich die Regierung damit einverstanden, einen NGO-Vertreter in ihre UNFCCC-Delegation aufzunehmen. Obwohl die Regierung im folgenden Jahr schwer dafür kritisiert wurde, dass sie keinen Plan zur Senkung der Treibhausgasemissionen verabschiedet hatte, lud sie 2007 wieder einen NGO-Repräsentanten ein, an den internationalen Verhandlungen mit den anderen UNFCCC-Staaten teilzunehmen. Die Ukraine ist auf dem Weg in eine demokratischere Gesellschaft. Die Regierung muss lernen, die öffentliche Meinung zu berücksichtigen und ihre Politik am Wohle der Gesellschaft auszurichten. Die Bevölkerung muss von dem Stadium, ein besseres Leben zu fordern in das Stadium übergehen, sich tatkräftig dafür einzusetzen.

Aus dem Englischen von Katrin Bergholz